



Nr. 2/2013

Februar

### Diskussion um das Landesentwicklungsprogramm

- ❑ **Diskussion um das Landesentwicklungsprogramm.** Seite 1
- ❑ **Trinkwasser: Keine Privatisierung durch die Hintertür.** Seite 3
- ❑ **Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen.** Seite 4
- ❑ **Förderung des Krippenausbaus bis Ende 2014 verlängert.** Seite 5
- ❑ **Stellenanzeige Sekretariat / Assistenz im Städtetag.** Seite 8

„Ein Blick ins Internet genügt: Wer Bayern aus der Vogelperspektive betrachtet, sieht, wie das Land ausfranst. Wer näher heranzoomt, stößt auf Asphaltflächen vor Einkaufshallen und Zufahrten zu Fabriken. Vom Boden aus kann man Beton in der Landschaft wachsen sehen: An Autobahnausfahrten wuchern Autohöfe, Tankstellen, Spielhallen, Fastfood-Ketten, Discounter, Fabriken folgen auf Factory-Outlet-Center“ sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly.

Damit Gewerbegebiete nicht mehr ausufernd angesiedelt werden können, hat sich die damalige Staatsregierung 2006 bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) für ein strenges Anbindungsziel entschieden. Maly: „Wer nun wieder Lockerungen fordert, bringt das einmalige Weichbild der bayerischen Landschaft endgültig in Gefahr. Landesplanung ist kein Folterwerkzeug, sondern will eine geregelte Entwicklung des Landes sichern.“ Landesentwicklung braucht Regeln, wie ein konsequentes Anbindungsgebot, damit unser Land nicht unter architektonischer Beliebigkeit, betonierter Lieblosigkeit und asphaltierter Hässlichkeit untergeht. Maly: „Bayern ist es wert, sich Gedanken zu machen: Wir wollen keine Verhältnisse wie in den USA oder in Norditalien mit wuchernden Siedlungsgeschwüren mit Einkaufszentren am Ortsrand und Wildwuchs von Industrie mitten im Grünen. Das Anbindungsgebot soll eine weitere Zersiedelung unseres Landes eindämmen.“ Städte benötigen Innenentwicklung statt Außenentwicklung. Maly: „Das Glück des Landes liegt

#### Impressum

#### Herausgeber:

Bayerischer Städtetag, Körperschaft des öffentlichen Rechts,  
Prannerstraße 7, 80333 München

Briefanschrift: Postfach 10 02 54, 80076 München,

Tel. 089/29 00 87- 0, Fax: 089/29 00 87- 70

E-Mail: [post@bay-staedtetag.de](mailto:post@bay-staedtetag.de)

Internet: [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de)

Verantwortlich: Geschäftsführendes Vorstandsmitglied  
Bernd Buckenhofer

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

nicht darin, auf der Grünen Wiese ständig neue Flächen auszuweisen. Vorhandene Flächen müssen besser genutzt werden, Ortsflächen müssen geschlossen bleiben. Der Zersiedelung muss Einhalt geboten werden. Wenn das Wuchern in die Fläche so weitergeht, gefährden wir die Kleinstrukturen in unseren Städten und Dörfern, dann geht das Sterben der Bäckereien und Metzgereien weiter. In vielen Dörfern kann man sich nicht mehr versorgen – ohne Auto ist oft kein Einkauf mehr möglich.“ Diese Entwicklung trifft Dörfer, mittlere Städte und Große Kreisstädte, trifft zentrale Orte im ländlichen Raum: Wenn es in der Fläche wuchert, kommen Ortskerne in Bedrängnis. Die beliebige Ansiedlung von Gewerbegebieten an Autobahnausfahrten und Staatsstraßen verschleißt Natur und ist nicht wirtschaftlich. Der Wildwuchs schädigt nicht nur Kernstädte, sondern auch viele kleine Dörfer. Die demographische Entwicklung wird damit nicht aufgehalten.

Zersiedelte Strukturen bedeuten hohe Kosten für die Bürger, wenn Leitungen in die Fläche gelegt werden müssen für Trinkwasser, Abwasserkanäle, Strom, Gas, Fernwärme und Breitband: Je weiter die Strecken für die Leitungen sind, desto teurer kommt es für

Gebührenzahler oder Steuerzahler. Unterhaltskosten werden auf die Allgemeinheit umgelegt. Wir müssen die Zersiedelung bremsen – dafür gibt es das Anbindungsgebot im LEP. Maly: „Was nach Bevormundung oder Dirigismus klingen mag, ist eine Chance für Städte und Gemeinden, um über ihr organisches Wachstum von Wohngebieten und Gewerbegebieten nachzudenken. Die Wunden, die wir unserer Kulturlandschaft mit Beton, Stahl und Teer zufügen, vernarben nicht. Dies gilt nicht zuletzt für den Bau von Hotelanlagen im Außenbereich, in idyllischer Alpenlage oder am Seeufer: Bayern darf nicht zur Costa Brava mutieren, wo sich Hotel an Hotel klotzt.“

Maly: „Bayern sollte den Mut haben, nun nicht überstürzt einen unfertigen Entwurf zur Landesentwicklung nur mit Blick auf den Wahltermin im Herbst durch das Parlament zu peitschen. Warum lassen wir uns nicht bis zur nächsten Legislaturperiode Zeit? Bevor etwas Unfertiges verabschiedet wird, sollten wir uns die Zeit nehmen, es zu verbessern.“

Kontakt: [achim.sing@bay-staedtetag.de](mailto:achim.sing@bay-staedtetag.de)  
[monika.geiss@bay-staedtetag.de](mailto:monika.geiss@bay-staedtetag.de)

**Zersiedelung** ist das unregelmäßige und unstrukturierte Wachstum von Städten und Dörfern in die Landschaft. Den Landschaftsverschleiß treiben Gebäude und Anlagen voran, die ohne **Anbindung** an den Hauptort im Grünen entstehen. Als Siedlungssplinter durchlöchern sie freie Landschaftsräume. Sie gefährden Tier- und Pflanzenwelt, Wasserhaushalt und Klima. Intakte Kulturlandschaft wird verschandelt, der Erholungswert schwindet. Im Vergleich zu angebundenen Neubaugebieten verbrauchen Bauvorhaben im Grünen überdurchschnittlich Boden und Geld. Straßen, Wasserleitungen, Kanäle, Stromleitungen, Telekommunikationsleitungen müssen vom Hauptort durch die grüne Wiese gelegt werden, doch ihre Auslastung ist nicht sicher. Die Distanz von Gewerbe- oder Wohngebiet zur Ortschaft muss mit dem Auto überbrückt werden. Städte und Gemeinden können der Zersiedelung Einhalt gebieten, wenn sie Baulandreserven, Brachflächen, leere Bausubstanz und Möglichkeiten der Nachverdichtung in ihren Siedlungsgebieten (Innenentwicklung vor Außenentwicklung) nutzen, auf flächensparende Siedlungs- und Erschließungsformen setzen und Ausweisungen von neuem Bauland an Siedlungseinheiten anbinden. Ein Sonderfall des Anbindegebots ist die integrierte Lage des Einzelhandels. Hier braucht es in der Regel mehr als nur eine Anbindung an den Siedlungskörper, nämlich die Erreichbarkeit zu Fuß und mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Einzelhandel ist damit wohnortnah in Orts- oder Stadtteilzentren anzusiedeln, damit etwa Senioren ohne Auto ihren täglichen Einkauf von Lebensmitteln erledigen können.

EU-Richtlinie zur Vergabe von Dienstleistungskonzessionen

## Keine Privatisierung der Wasserversorgung durch die Hintertür

**„Die Europäische Kommission darf die Wasserversorgung in kommunaler Hand nicht der Liberalisierung opfern. Wasserversorgung ist ein elementarer Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Trinkwasser ist keine Ware, sondern ein Lebensmittel für alle“, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Dr. Ulrich Maly: „Es geht zwar nicht um eine Zwangsprivatisierung, aber um die Öffnung einer Hintertür: Die EU-Kommission öffnet mit der Konzessionsrichtlinie Konzernen einen Zugang zur Daseinsvorsorge. Wenn das Europäische Parlament der Liberalisierung zustimmt, wäre ein Tor zur Privatisierung der Wasserversorgung aufgestoßen.“**

Die EU-Kommission will Dienstleistungskonzessionen dem Vergaberecht unterwerfen. Mit der Dienstleistungskonzession erhält der Konzessionär für die Erbringung der Dienste statt einer Vergütung das Recht zur kommerziellen Nutzung oder Verwertung. Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europaparlaments hat am 24.1.2013 der Richtlinie zugestimmt; EU-Parlament, EU-Kommission und Europäischer Rat entscheiden in den nächsten Wochen.

Maly: „Für eine EU-Richtlinie besteht kein Handlungsbedarf. Leider hat der EU-Binnenmarktausschuss die Bedenken von Kommunen, Bund und Freistaat nicht aufgenommen. Eine starke Allianz steht in Bayern für den Erhalt der kommunalen Trinkwasserversorgung – die Staatsregierung hat sich ebenso einmütig dazu bekannt wie alle Landtagsfraktionen. Wir kämpfen alle gemeinsam weiter, damit die kommunale Wasserversorgung aus der EU-Richtlinie zur Vergabe von Konzessionen herausgenommen wird. Über eine Million Menschen haben bislang beim Bürgerbegehren [www.right2water.eu](http://www.right2water.eu) unterschrieben: Die EU-Kommission muss sich bewegen – Europa ist nicht gegen die Bürger zu machen.“

Der Richtlinienentwurf der EU-Kommission schafft nicht Transparenz, er bringt keine „schlanken“ Regelungen, sondern er führt zu Rechtsunsicherheiten: Betroffene Stadtwerke müssten sich bis 2020 umstrukturieren, um Wasserversorgung und Energieversorgung zu trennen. Eine Umstrukturierung würde Bürokratie, Kosten, neue Strukturen für EDV und Kundenbetreuung bedeuten. Bislang können nur die Kommunen beruhigt sein, die reine Wasserwerke haben. Das sind in Bayern zwar viele Wasserversorger, vor allem kleinere Gemeindewerke, aber bei weitem nicht alle. Nicht allein die Stadtwerke München und Nürnberg sind von der EU-Richtlinie betroffen. Gefahr besteht nach derzeitiger Schätzung für größere, mittlere und kleinere Städte – dies dürfte sich allein in Bayern auf bis zu 100 Stadtwerke summieren. Betroffen sind Stadtwerke als Mehrsparten-Unternehmen: Sie versorgen Bürger neben Wasser auch mit Strom, Gas oder Fernwärme. Diese Stadtwerke müssten ihre Wassersparte künftig ausschreiben oder ausgliedern. Betroffen sind Stadtwerke, die mehr als 20 Prozent des Unternehmensumsatzes aus Energie erbringen. Betroffen könnten Stadtwerke sein, die außerhalb ihrer Grenze Dienstleistungen für andere Kommunen erbringen.

Maly: „Die EU-Kommission verfolgt eine Wettbewerbsideologie: Langfristig soll die Daseinsvorsorge für Konzerne geöffnet werden. Konzerne wittern ein Geschäft, sie wollen sich einen lukrativen Markt erschließen. Das Profitstreben darf nicht über den Interessen der Menschen stehen. Die kommunale Daseinsvorsorge ist dem Gemeinwohl verpflichtet und ist demokratisch legitimiert.“

Kontakt: [achim.sing@bay-staedtetag.de](mailto:achim.sing@bay-staedtetag.de)  
[claudia.ganslmeier@bay-staedtetag.de](mailto:claudia.ganslmeier@bay-staedtetag.de)

Jugendsozialarbeit an Schulen

## Anhebung der staatlichen Förderung auf fünfzig Prozent ab 2019

**Der Bayerische Städtetag hat im vergangenen Jahr einen Teilerfolg bei der staatlichen Förderung von Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) erreichen können. Ein aktueller Bericht an den Bayerischen Landtag bestätigt einen Ministerratsbeschluss, der die Anhebung des staatlichen Förderanteils auf fünfzig Prozent voraussichtlich ab dem Jahr 2019 zusagt.**

Die Städte begrüßen den Beschluss des Ministerrats, gemäß dem die staatliche Förderquote auf fünfzig Prozent erhöht werden soll, sobald das Ausbauziel von 1.000 Stellen erreicht wird. Dies soll spätestens im Jahr 2019 der Fall sein. Diese Zusage ist ein Kompromiss nach einem längeren Dialog des Städtetags mit der Staatsregierung. Seit Jahren bemüht sich der Städtetag um eine hälftige Finanzierung der Jugendsozialarbeit an Schulen durch Freistaat und Kommunen.

Der Städtetag hat gegenüber Sozialministerin Haderthauer zugesagt und den Mitgliedstädten empfohlen, die vom Bund für Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellten Mittel für einen weiteren Ausbau der JaS vorübergehend auch ohne Beteiligung des Freistaats zu verwenden. Er hat auch akzeptiert, dass der bedarfsgerechte Ausbau vorrangig gegenüber einer sofortigen Erhöhung der staatlichen Beteiligung ist. Sozialministerin Haderthauer sagte zu, nach Erreichen eines bedarfsgerechten Ausbaus, der mit etwa 1.000 Vollzeitstellen für Bayern angenommen wird, eine staatliche Beteiligung von fünfzig Prozent zu übernehmen.

Dies hat nun der Ministerrat - allerdings unter Haushaltsvorbehalt - bestätigt. Bereits vor einigen Jahren konnte der Städtetag einen ersten Teilerfolg beim Förderprogramm JaS erreichen.

Im Rahmen einer Landtagsanhörung ist der Städtetag für eine Fortführung des Ausbaus bis zur bedarfsgerechten Versorgung eingetreten. Bereits damals hatte sich der Verband für eine hälftige Mitfinanzierung des Freistaats eingesetzt und konnte zumindest eine Fortführung des Ausbaus erreichen.

Am Anfang dieser gemeinsamen Schritte mit der Staatsregierung stand das Drängen des Städtetags nach Einführung einer allgemeinen Schulsozialarbeit. Damit sollte die Erziehungsfähigkeit der Schule verbessert werden, um Kinder und Jugendliche in der Schule aufzufangen und gar nicht erst zu einem „Fall“ für die Jugendhilfe werden zu lassen.

Der Städtetag hat gegenüber der Staatsregierung für eine je hälftig finanzierte Jugendsozialarbeit an Schulen mit ausgeweiteten präventiven Elementen geworben. Denn sollten Schulkinder trotz Schulsozialarbeit durch das präventive Netz der Schule fallen, müsste sich die Jugendhilfe dennoch um sie kümmern. Insofern ist es sinnvoll, wenn die Jugendhilfe bereits in die Schule integriert ist und eventuelle Übergänge damit erleichtert werden.

*Kontakt: [julius.forster@bay-staedtetag.de](mailto:julius.forster@bay-staedtetag.de)*

Gemeinsames Ziel von Staat und Kommunen

## Förderung des Krippenausbaus verlängert bis Ende 2014

**Das Sonderinvestitionsprogramm zum Krippenausbau soll um ein Jahr bis Ende 2014 verlängert werden. Städte und Gemeinden in Bayern haben diese Entscheidung des Koalitionsausschusses von CSU und FDP am 25. Januar 2013 mit Erleichterung aufgenommen. Letztlich konnte sich Sozialministerin Christine Haderthauer damit innerhalb der Staatsregierung durchsetzen, dass der weitere Krippenausbau ein gemeinsames Ziel von Staat und Kommunen sein soll.**

Der Bayerische Städtetag hat das Sonderprogramm des Freistaats für den Krippenausbau von Anfang an als eine kommunalfreundliche und gute Unterstützung beim Krippenausbau gelobt. Den Städten ist bewusst, wie der Freistaat mit über 600 Mio. Euro an Landesmitteln, die er bisher zur Verfügung gestellt hat, die Kommunen unterstützt hat. Nach dem Kabinettsbeschluss vom Dezember 2012 war es für die Kommunen zunächst eine herbe Enttäuschung gewesen, als die so dringend benötigte Verlängerung des Sonderprogramms doch nicht kommen sollte. Umso größer war Ende Januar 2013 die Erleichterung, als sich die kommunalfreundlicheren Kräfte schließlich durchsetzen konnten.

Allerdings bleibt das Zeitfenster für neue Förderanträge nach dem Sonderprogramm vermutlich höchstens bis zur Mitte des Jahres offen. Denn angesichts der vielen Anträge bei den Regierungen dauerten die Genehmigungen oftmals bis zu drei Monaten. Dazu müssen die Zeit für die Planung und Ausschreibung und schließlich die Monate für den Bau bis zur Fertigstellung der Krippe gerechnet werden. Die starke Baukonjunktur trägt dazu bei, dass sich

die Zeit bis zur Fertigstellung bisweilen in die Länge ziehen kann.

Die nach Maßgabe des Koalitionsbeschlusses geänderte Förderrichtlinie wird den Termin für die Fertigstellung wohl auf den 31. Dezember 2014 festschreiben. Viele Städte gehen davon aus, dass bis zu diesem Termin der Ausbaubedarf weiter wachsen wird. Damit stellt sich bereits jetzt die Frage, ob die Verlängerung des Sonderprogramms um ein Jahr ausreichen wird, damit Staat und Kommunen das gemeinsame Ziel erreichen, ein bedarfsgerechtes Angebot an Kleinkinderbetreuung zu schaffen. Aus Sicht des Bayerischen Städtetags ist heute schon abzusehen, dass eine weitere Verlängerung notwendig sein wird.

*Kontakt: [julius.forster@bay-staedtetag.de](mailto:julius.forster@bay-staedtetag.de)*

Sie können den INFORMATIONSBRIEF auch elektronisch beziehen: [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de) gehen Sie rechts auf der Startseite auf das blau unterlegte Feld „Elektronischer Abodienst“ und klicken „Informationsbrief und PR-Mitteilungen“ an, um sich anzumelden.

## Persönliche Nachrichten

### Wahlen

Wieder gewählt wurde Oberbürgermeister **Frank Rebhan**, Neustadt b. Coburg, Bezirksvorsitzender Oberfranken.

### Verstorben

ist **Hanns Hamberger**, Altoberbürgermeister von Landsberg am Lech.

### Geburtstage

Im Februar 2013 feiern

den 80. Geburtstag: Bürgermeisterin **Renate Nöbel**, Grünwald,

den 65. Geburtstag: berufsm. Stadtrat **Wolfgang Baumann**, Nürnberg, Mitglied im Bau- und Planungsausschuss des Bayerischen Städtetags, Erster Bürgermeister **Josef Brunner**, Landau a. d. I., Erster Bürgermeister **Rudolf Eck**, Haßfurt, Bürgermeister **Max Schwarz**, Waldkirchen,

den 60. Geburtstag: Bürgermeister **Harry Büttner**, Geiselhöring, Erster Bürgermeister **Felix Schwaller**, Bad Aibling,

den 50. Geburtstag: Bürgermeister **Roman Fischer**, Plattling, Erster Bürgermeister **Thomas Stadelmann**, Zeil a. M..

## BAYERISCHER STÄDTETAG 2013

am 10. und 11. Juli 2013 in Bayreuth

Ohne Städte ist kein Staat zu machen

Forderungen an Bund und Land

Am Mittwoch, **10. Juli**, treffen sich um 13:30 Uhr CSU, SPD und 3. Gruppe zu ihren Besprechungen, anschließend findet um 15:30 Uhr die interne Vollversammlung statt. Am Abend lädt die Stadt Bayreuth zum Empfang.

Am Donnerstag, **11. Juli**, steht um 9:00 Uhr die Ansprache des Städtetagsvorsitzenden Oberbürgermeister Dr. Ulrich **Maly** (Nürnberg) auf dem Programm. Geplant ist eine Podiumsdiskussion (Moderation **Ursula Heller**, Bayerischer Rundfunk) mit den Spitzenkandidaten der im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien. Das Schlusswort spricht der 1. stellvertretende Städtetagsvorsitzende Oberbürgermeister Hans **Schaidinger** (Regensburg).

## Termine

- 04.03.2013 **Bezirksversammlung Oberbayern** in Penzberg
- 12.03.2013 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in München
- 18.03.2013 **Bezirksversammlung Unterfranken** in Würth a. Main
- 19.03.2013 **Gesundheitsausschuss** in Weiden
- 22.03.2013 **Schulausschuss** in München
- 11.04.2013 **Umweltausschuss** in Unterschleißheim
- 11.04.2013 Arbeitskreis **Finanzen** in München
- 12.04.2013 **Finanzausschuss** in München
- 12.04.2013 Arbeitskreis **Organisation** in München
- 17.04.2013 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in Augsburg
- 19.04.2013 Arbeitskreis **Personal** in München
- 24./25.04.2013 **Forstausschuss** in Schongau
- 25.04.2013 Arbeitskreis **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** in München
- 30.04.2013 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
- 13./14.05.2013 **Vorstand** in Berlin – Bayerische Vertretung
- 17.05.2013 **Pressekonferenz** in München
- 06.06.2013 Arbeitskreis **Finanzen** in Kempten
- 06./07.06.2013 **Finanzausschuss** in Kempten
- 11.06.2013 Arbeitskreis **Kommunale Verkehrsüberwachung** in Fürth
- 12.06.2013 Arbeitskreis **Planen und Bauen** in München
- 17./18.06.2013 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in Ismaning

- 18.06.2013 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in München
- 19.06.2013 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in Deggendorf
- 21.06.2013 **Personal- und Organisationsausschuss** in Nürnberg
- 21.06.2013 **Schulausschuss** in Augsburg
- 21.06.2013 **Sozialausschuss** in Nürnberg
- 25.06.2013 **Bau- und Planungsausschuss** in Treuchtlingen
- 01.07.2013 Arbeitskreis **Gartenbau** in Schweinfurt
- 02.07.2013 Arbeitskreis **Vermessung und Geoinformation** in München
- 09./10.07.2013 **Vorstand** in Bayreuth
- 10.07.2013 **Pressekonferenz** in Bayreuth
- 10./11.07.2013 **BAYERISCHER STÄDTETAG 2013** in Bayreuth: „Ohne Städte ist kein Staat zu machen“
- 18.07.2013 Arbeitskreis **Bestattungswesen** in Nürnberg
- 05.08.2013 **Pressekonferenz** in München
- 24.09.2013 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
- 01.10.2013 **Gesundheitsausschuss** in München
- 10.10.2013 Arbeitskreis **Finanzen** in München
- 11.10.2013 **Finanzausschuss** in München
- 10.10.2013 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in München
- 15.10.2013 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in München
- 16.10.2013 Arbeitskreis **Planen und Bauen** in München
- 17.10.2013 **Forstausschuss** in München
- 18.10.2013 Arbeitskreis **Organisation** in Neu-Ulm

*abgeschlossen am 21.02.2013*



## Stellenanzeige

Der **Bayerische Städtetag**, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, ist der kommunale Spitzenverband der zentralen Orte in Bayern. Als „Anwalt“ der Städte und Gemeinden treten wir insbesondere gegenüber Landtag und Staatsregierung für die kommunale Selbstverwaltung ein. Wir beraten und unterstützen knapp 270 Mitgliedskommunen.

Die Verbandsgeschäftsstelle hat ihren Sitz im Zentrum Münchens (Nähe Marienplatz).

Zum **1. Mai 2013** suchen wir eine

### **Verwaltungsangestellte oder einen Verwaltungsangestellten für Sekretariats-/Assistententätigkeiten.**

Wir erwarten

- Ausbildung als Bürokommunikationskauffrau/-mann, Verwaltungsfachangestellte/r, Fachprüfung I oder vergleichbare Berufserfahrung,
- sehr gute Anwenderkenntnisse/-fertigkeiten in MS-Office (insbesondere Word, Excel),
- sorgfältige, rasche und selbstständige Arbeitsweise,
- hohe Einsatzbereitschaft und Motivation sowie Teamfähigkeit.

Wir wünschen uns

- Berufserfahrungen in der öffentlichen Verwaltung,
- Kenntnisse im Dokumentenmanagementsystem „Regisafe“.

Wir bieten

- Bezahlung bis zur Entgeltgruppe 7 TVöD mit Aufstiegsmöglichkeiten,
- unbefristetes Beschäftigungsverhältnis,
- interessanter, anspruchsvoller und sicherer Arbeitsplatz in modern ausgestatteten Büroräumen.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

Ihre Bewerbung schicken Sie bitte bis 22. März 2013 per E-Mail oder Post an [wolfgang.springer@bay-staedtetag.de](mailto:wolfgang.springer@bay-staedtetag.de), Prannerstraße 7, 80333 München. Unser Personalreferent, Herr Springer (Tel.: 089/29008721), beantwortet gerne Ihre Fragen.